Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 267 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 5 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Samstag, den 13. November | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1926

Heute die: Beilagen:

„Herd und Scholle", „Für unsere Frauen" und „Zeitgeschehen im Wochenbild".

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Eine Versammlung der deutschen Wirtschaftsverbände erhob entschiedenen Protest gegen das Überhandnehmen von gewerblichen Unternehmungen der Staaten, Städte und Gemeinden.

* Für die Landwirtschaft soll unter Wegfall jeglicher Verzugszuschläge eine Steuerstundung bis 1. Januar 1927 durchgeführt werden.

* Die Räumung der Stadt Andernach von der französischen Besatzung ist jetzt vollständig durchgeführt.

* Der Rückgang der Erwerbslosenzahl in der zweiten Oktoberhälfte betrug in Deutschland rund 85 000.

Die öffentliche Hand.

Von volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Die vor kurzem erschienene Denkschrift des Deutschen Städtebundes über die Notlage der kommunalen Finanzen und über den Finanzausgleich hat ein unerwartet starkes Echo gefunden. Vielleicht wird dieses Echo allerdings den Vätern jener Denkschrift nicht immer ganz angenehm klingen. Erst kam die umfangreiche Antwort der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, dann trat der Preußische Handelskammertag auf den Plan und schließlich luden soeben die Wirtschaftsspitzenverbände, zu denen sich noch der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband der Privatversicherung und der Reichsverband des deutschen Handwerks hinzugesellt hatten, nach Berlin zu einer Kundgebung ein, um „gegen die Gefährdung des Privateigentums und gegen die Gefahren und Nachteile der wachsenden gewerblichen Betätigung der öffentlichen Hand" zu protestieren. Die Frage der öffentlichen Betriebe ist aber gerade ein Punkt in der Denkschrift des Städtebundes, über den mit wenigen Worten hingegangen wird. Hier setzen die Gegner ein und der Vorsitzende der jetzigen Versammlung, der bekannte Geheimrat Dr. Duisberg, stellte unter starkem Beifall fest, daß von dem Vordringen der öffentlichen Betriebe nicht etwa bloß die Großunternehmungen bedroht sind, sondern, daß aus den Kreisen des industriellen Mittelstandes und des Handwerks über diese „kalte Sozialisierung" heftigste Klagen kommen.

Die deutsche Wirtschaft bekämpft nicht grundsätzlich jede wirtschaftliche Betätigung von Reich, Ländern und Gemeinden. Erfolgt aber durch derartige Betriebe eine Versorgung der Allgemeinheit — namentlich dann, wenn der Monopolcharakter noch hinzutritt —, so verlangt die Wirtschaft, daß jene Betriebe nun nicht allein geleitet werden dürfen unter dem Gesichtspunkt höchstmöglichen Erwerbs. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß andererseits das anscheinende Entgegenkommen gegenüber diesen Allgemeinheitsinteressen nicht dazu führen darf, die Betriebe der öffentlichen Hand tatsächlich oder verschleiert unrentabel zu machen. In solchen Fällen — und sie sind überaus zahlreich — will die Privatwirtschaft das Recht behalten, von einer Schmutzkonkurrenz der öffentlichen Betriebe zu reden. Auf der Berliner Versammlung wurde auf die Folgen solcher Wettbewerbe hingewiesen, die ein starkes Zurückgehen der Steuerkraft der Privatwirtschaft herbeiführen müsse. Der Vorsitzende des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Klempnermeister Derlien-Hannover, erhob bittere Klagen, daß die kommunalen Licht- und Gaswerke, aber auch die Wasserwerke sich nicht damit begnügen, Licht, Gas und Wasser zu liefern, sondern, daß sie weit darüber hinaus dem Installationsgewerbe, den Produzenten der Elektro- und Metallindustrie durch Herstellung von Apparaten und ihren Vertrieb schwerste Konkurrenz machen.

Auch das Bankiergewerbe protestiert. Denn die Kommunalbanken beispielsweise genießen wegen ihres Charakters als öffentliche Betriebe ein besonders Vertrauen der Geldgeber, man hält sie für absolut sicher, für gemeinnützig und sogar mündelsicher, ohne daß man hierfür eigentlich rechte Veranlassung hat, weil die Zeit, da die Sparkassen und Kommunalbanken von großen Teilen des Bankgeschäftes aus Sicherheitsgründen ferngehalten wurden, längst vorbei ist, vielmehr jetzt alle, auch die gefährlichsten Bankgeschäfte unternommen werden können. Die wachsende Vielzahl dieser öffentlichen Banken bedeutet daher, wie in Berlin ausgeführt wurde, nicht bloß eine übermächtig starke Konkurrenz, weil sie natürlich kreditpolitisch eher auf das Wohlwollen der Reichsbank rechnen dürfen als Privatbetriebe, diese Vielzahl bedeute auch gerade kreditpolitisch eine große Gefahr. Solchen Klagen schloß sich der Groß- und der Einzelhandel, die Versicherungsgesellschaften, dann aber von einem anderen Gesichtspunkt aus auch der Präsident der Deutschen Bauernvereine, Freiherr von Kerckerinck zur Borg, an, der darauf hinwies, daß die vordrängende Sozialisierung den Grundsatz von der Erhaltung des Privateigentums auch an Grund und Boden immer weiter untergrabe.

Demzufolge verlangte ein Appell der Versammlung an die Parlamente die Erhaltung des Privateigentums als unantastbare Grundlage der Wirtschaft. Nicht ein Wettbewerb, sondern eine Arbeitsteilung müsse es zwischen den Betrieben der öffentlichen und der privaten Hand geben, schon deswegen, weil ja die Privatwirtschaft durch die Steuern und Abgaben zu den Lasten des Gemeinwesens beitrage und daher verlangen könne, daß ihr dieses Gemeinwesen nicht bei der privatwirtschaftlichen Tätigkeit Konkurrenz mache. Die Rationalisierung der Privatbetriebe verlange des weiteren eine sofortige Rationalisierung auch der öffentlichen Betriebe und die Versammlung erwarte von den bürgerlichen Fraktionen der Parlamente, daß diese Grundsätze bei der künftigen Gesetzgebung eine verstärkte Berücksichtigung fänden.

*

Protest der Wirtschaft.

Der Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller veröffentlicht folgende Erklärung: „Mit berechtigter Besorgnis beobachtet die deutsche Wirtschaft die zunehmende Betätigung der öffentlichen Hand als wirtschaftlicher Unternehmer. Reich, Länder und Gemeinden verengen durch ihr Eindringen in die Privatwirtschaft den an sich unzureichenden Nährboden des deutschen Volkes, indem sie unter Ausnutzung erheblicher Vorteile, u. a. der Steuerfreiheit, mit den steuerpflichtigen und finanziell überbürdeten Privatbetrieben in eine ungleiche Konkurrenz treten, ohne daß erfahrungsgemäß in ihren öffentlichen Betrieben eine Rentabilität erzielt wird. Untergrabung der Fundamente einer gesunden Wirtschaft, Schädigung der freien Erwerbsstände, vor allem des gewerblichen Mittelstandes und unmittelbar auch der Angestellten und Arbeiter, sind die unausbleiblichen Folgen. Es muß daher die Wahrung folgender Grundsätze verlangt werden: 1. Nur soweit eine wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand im öffentlichen Interesse liegt, ist sie zulässig; sie muß sich aber auf die zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes notwendigen Arbeiten beschränken. Die Begründung billigerer Beschaffung von Material und Hilfsmitteln durch eigene Organisationen genügt nicht, um die Angliederung von Unternehmungen an öffentliche Betriebe zu rechtfertigen. 2. Die Hoheitsrechte des Staates dürfen nicht zur Stärkung seiner wirtschaftlichen Betätigung verwendet werden. 3. Jede Bevorzugung öffentlicher Betriebe, besonders auf steuerlichem Gebiete, ist unzulässig. 4. Jeder politische Einfluß und jeder Einfluß politischer Parteien auf Leitung und Verwaltung öffentlicher Betriebe ist auszuschalten."

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Steuerstundung für die Landwirtschaft.

Im Steuerausschuß des Reichstags teilte die Reichsregierung mit, daß angesichts der schwierigen Lage der Landwirtschaft und der Tatsache, daß alle Vermögenssteuerbescheide am 15. November noch nicht zugestellt sein werden, eine Steuerstundung für die Landwirtschaft unter Wegfall jeglicher Verzugszuschläge oder Verzugszinsen bis 1. Januar 1927 auf dem Verordnungswege durchgeführt werden soll. Diese Erklärung erfolgte bei der Beratung deutschnationaler und kommunistischer Anträge, die besonders mit Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse und auf die Abdeckung der Wechselverbindlichkeiten steuerliche Schonung der landwirtschaftlichen Betriebe gefordert hatten. Diese Anträge wurden nach der Regierungserklärung für erledigt erklärt.

Bayern und der Finanzausgleich.

In der Aussprache des Bayerischen Landtages über den Landesetat und den Finanzausgleich spielte die Bemerkung des Ministerpräsidenten Held eine große Rolle, daß im Kampf um den Finanzausgleich nötigenfalls zur äußersten Konsequenz gegriffen werden müsse. Ministerpräsident Dr. Held erklärte, daß seine Ankündigung nur einem ungerechten Finanzausgleich, nicht aber der Reichsregierung gegolten habe. Unter den angekündigten Konsequenzen könne man z. B. verstehen, daß das Mitglied der Bayerischen Volkspartei aus der Reichsregierung zurückgezogen werde. Außerdem könnte Bayern den Staatsgerichtshof anrufen. Der Bayerische Landtag ersucht die Staatsregierung in einer Entschließung, auch weiterhin mit Nachdruck für eine gerechte und billige Lösung des Finanzausgleichs einzutreten.

Aus In- und Ausland.

Andernach. Die Räumung der Stadt durch die Franzosen, die vor etwa acht Tagen eingeleitet worden ist, ist nunmehr vollständig durchgeführt. Die Stadt ist vom Dezember 1918 bis Dezember 1922 von Amerikanern, später von Franzosen besetzt gewesen.

Prag. Der Prager Polizei ist es gelungen, eine große Spionageaffäre aufzudecken, in die ein Mitglied des russischen Konsulats in Prag verwickelt ist. Ein bei einer Militärbehörde beschäftigter früherer Legionär hat an ein Mitglied der sowjetrussischen Vertretung in Prag wichtige militärische Schriftstücke verkauft.

London. Zur Feier des Waffenstillstandstages wurde wiederum zwei Minuten lang jede Tätigkeit im ganzen Lande ausgesetzt. Am Grabe des unbekannten Soldaten wurde unter Beteiligung von Tausenden von Offizieren und Mannschaften der Marine und der Armee eine Gedenkfeier veranstaltet, bei der der König, der Prinz von Wales und der Herzog von York Kränze niederlegten.

Um die Ausübung der Militärkontrolle

Hoeschs neuer Besuch bei Briand.

Völkerbund und Militärkontrolle.

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoesch, hatte wiederum eine lange Unterhaltung mit dem französischen Minister des Äußeren, Briand. In dieser Unterredung wurde die Erörterung der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Probleme weitergeführt, wobei diesmal besonders die Frage der Entwaffnung Deutschlands und die Angelegenheit der Militärkontrolle eingehend besprochen wurden. Die deutsche Regierung ließ hierbei den Wunsch erkennen, daß die noch vor der Botschafterkonferenz anhängigen Fragen vor dem Zusammentritt des Völkerbundrates am 6. Dezember geregelt werden sollten.

Über die Frage der Militärkontrolle haben in den letzten Tagen auch Besprechungen zwischen dem englischen Botschafter in Paris und Briand stattgefunden. Der englische Botschafter präzisierte bei dieser Gelegenheit Englands Standpunkt dahin, daß nach englischer Auffassung die Aufgabe der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland beendet sei, da Deutschland die im Versailler Vertrag ihm auferlegten Abrüstungsbestimmungen durchgeführt habe. Dem Übergang der Militärkontrolle auf den Völkerbund stände nach Auffassung der englischen Regierung nichts mehr im Wege.

Auch General Walch soll Briand erklärt haben, daß die zwischen der Reichsregierung und der Interalliierten Militärkommission noch bestehenden Streitpunkte nicht so erheblich seien, daß deswegen die Aufhebung der Interalliierten Militärkommission verzögert werden müßte. Auch er soll damit einverstanden sein, daß ihre Befugnisse demnächst auf die Organe des Völkerbundes übergehen. Wie in gut unterrichteten französischen Kreisen verlautet, wird General Walch demnächst nach Berlin reisen, um mit den deutschen Behörden eine letzte Rücksprache zu haben. Man erwartet ihn vor dem Beginn der Völkerbundratstagung nach Paris zurück.

Deutscher Reichstag.

(233. Sitzung.) CB. Berlin, 11. November.

Die allgemeine Aussprache über den Nachtragsetat wurde fortgesetzt. Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.) erklärte, seine Freunde erstrebten den Zustand, daß der Etat so richtig aufgestellt wird, daß Nachträge überflüssig werden. Sie seien weiter entschiedene Gegner des Ankaufs des Kaiserhofes in Berlin, weil sie darin gewissermaßen die Neigung zur Erweiterung des Behördenapparates auf Kosten der freien Wirtschaft erblicken. Seine Partei verlange eine gründliche Reform im Veranlagungswesen. Im schärfsten Gegensatz ständen sie zu den staatssozialistischen Gedanken, die der Reichsfinanzminister geäußert hat. Es käme in erster Linie darauf an, die freie Wirtschaft zu beleben. Ihrer Ansicht nach hätte man den Generalobersten von Seeckt ruhig im Amte lassen können. Die Wirtschaftspartei als Mittelstandspartei könne sehr gut mit einer Arbeiterpartei zusammenarbeiten, aber sie werde immer daran festhalten, daß ein gesunder Mittelstand die Voraussetzung für ein gesundes Staatswesen ist.

Abg. Kube (Völk.) meinte, beim großdeutschen Gedanken werde viel zu einseitig an Österreich gedacht, viel zu wenig an die Sudetendeutschen. Die Völkischen hätten nicht den mindesten Anlaß, sich des Herrn von Seeckt anzunehmen, aber Dr. Geßler sei in keiner Weise berufen, sich als Hüter der Staatsautorität aufzuspielen. Der Redner erklärte, wenn Seeckt ein Kerl gewesen wäre, dann hätte er zu Geßler gesagt: „Was willst du denn. Ich denke gar nicht daran, mir von dir, Bürgermeister a. D., Vorschriften machen zu lassen!" (Unruhe.) Der Redner lehnte schließlich die angekündigte Wahlreform ab und beantragte Aufhebung des Redeverbots gegen Adolf Hitler.

Abg. Schmidt (Soz.) führte aus, der Reichswehrminister Dr. Geßler habe durch viele Handlungen und Unterlassungen die Kritik der Sozialdemokratie herausgefordert, aber er habe wenigstens durch die Verabschiedung des Herrn von Seeckt bekundet, daß die Staatsautorität sich auch gegen die Militärgewalt durchsetzt. Im Nachtragsetat begrüßte der Redner die Maßnahmen zur Belebung der Bautätigkeit, aber auf die Dauer könne das System der Subventionierung einer industriellen und wirtschaftlichen Gruppe nicht durchgesetzt werden.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Preußischer Landtag.

(220. Sitzung.) tt. Berlin, 11. November.

Im Ältestenrat wurde beschlossen, Freitag eine Pause in den Vollsitzungen bis zum 30. November eintreten zu lassen. Auf der Tagesordnung steht heute zunächst die erste Beratung des

Entwurfs eines Städtebaugesetzes.

Diese Vorlage will durch ihre Vorschriften dem Durcheinanderwirken von Bergbau, Industrie, Verkehr und den Behausungssammelpunkten, wie es jetzt in vielen Landesteilen beobachtet wird, durch eine auf sorgfältigem Studium aufgebaute einheitliche Planung, insbesondere des Verkehrs, steuern. Besondere Bestimmungen enthält die Vorlage über Nutzgrünflächen und Kleingartenflächen sowie über Spiel- und Sportplätze.

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer

führte dazu aus: Besondere Bedeutung erhält das Gesetz durch die Absicht, die zukünftige Entwicklung des Städtebaus nicht mehr allein in den Ortschaften selbst, sondern weit über die Gemeindegrenzen hinaus für zusammenhängende Wirtschaftsgebiete zu erfassen. Unter dem planlosen Bedecken des Bodens mit beliebigen Unternehmungen leidet auch die Gesundheit des Wohners. Wir stehen heute vor einem ganz modernen Entwicklungsabschnitt, nämlich dem einer mehrere Landesteile umfassenden einheitlichen Planung des Verkehrs, die vielleicht einmal der Vorläufer einer allgemeinen Landesplanung werden wird. Soweit ein Bedürfnis für zwischengemeindliche Planungen schon jetzt besteht, ermöglicht der Entwurf für unser preußisches Staatsgebiet derartige Lösungen. Je eher diese Planungen begonnen werden, desto besser und leichter sind sie durchzuführen und desto weniger wird von den Zwangsmitteln dieses Entwurfs Gebrauch gemacht werden müssen. Die Verwendbarkeit des Grund und Bodens soll auch nach dem vorliegenden Gesetzentwurf unbehindert bleiben. Allein das Bauen und schwerwiegende Veränderungen der Erdoberfläche sollen nötigenfalls künftig verhindert werden können. Den Gemeinden wird ein Enteignungsrecht nicht verliehen; sie können nur auf dem auch bisher möglichen Wege des Enteignungsgesetzes von 1874 eine Enteignung beantragen.

In der allgemeinen Aussprache fordert Abg. Leinert (Soz.), das privatrechtliche Interesse müsse vor allgemeinem Volksinteresse schweigen, und wendet sich gegen Spekulations-

absichten. Eine noch weitergehende Beschränkung von privater Ausnutzung von Grund und Boden als im Gesetz vorgesehen sei im Volksinteresse zu wünschen.

Abg. **Schluckebier** (Dtn.) steht dem Entwurf mit gemischten Empfindungen gegenüber. Schon der Referentenentwurf hat ja Gelegenheit zur Kritik gegeben; manches ist daraufhin geändert worden. Vom städtebaulichen Gesichtspunkt aus ist die Aufstellung übergemeindlicher Pläne zweifellos zu begrüßen. Es ist aber vor allzu großem Schematismus zu warnen.

Abg. **Bergmann** (Ztr.) bedauert, daß eine solche Vorlage nicht schon viel früher gekommen ist. Die Fehler und Sünden der Vergangenheit, die in ihrer ziel- und planlosen Siedlung und Bebauung schwere Schäden brachten, müssen von nun an vermieden werden, damit die Volksgesundheit nicht noch mehr geschädigt wird.

Abg. Dr. **von Campe** (D. Vp.): Der vorliegende Gesetzentwurf ist vielleicht einer der wichtigsten, der seit Jahren dem Landtag vorgelegen hat. Leider erlaubt die Geschäftslage nicht, daß vor der ersten Lesung eine gründliche Durcharbeitung vorgenommen werden konnte.

Abg. **Kilian** (Komm.) bedauert, daß mit einem Aufwand von vielen hundert Millionen jetzt wieder gutgemacht werden müsse, was der kapitalistische Anarchismus rücksichtslos verdorben habe.

Nach weiteren Bemerkungen schließt die Aussprache und die Vorlage wird einem besonderen Ausschuß von 29 Mitgliedern überwiesen. Das Haus schreitet hierauf zur namentlichen Abstimmung zu den Anträgen Straube (Dtn.) und Leid (Soz.) über die Zusammensetzung der Verwaltungsausschüsse von öffentlichen Arbeitsnachweisen. Es handelt sich dabei um die Frage, ob der Landbund als wirtschaftliche Organisation anzuerkennen ist.

Bei der Abstimmung über den Antrag ist das Haus wieder beschlußunfähig. In einer sofort wieder anberaumten neuen Sitzung wird ein Ausschußantrag angenommen, der die Staatsregierung ersucht, auf alsbaldige reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes hinzuwirken. Ohne Debatte werden ferner Anträge über eine Kreditaktion für den Mittelstand dem Hauptausschuß überwiesen. Nächste Sitzung Freitag.

Die Parteiverhandlungen im Reichstag.

Bildung einer stillen Koalition?

Die in den letzten Tagen im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages geführten Verhandlungen über die künftige Fürsorge für die Ausgesteuerten haben mit einer Niederlage der Regierungsparteien geendet, da stets die Anträge der in Opposition stehenden Sozialdemokraten angenommen wurden, die hierbei von Deutschnationalen, Kommunisten und Völkischen unterstützt wurden. Diese Anträge gingen weit über das hinaus, was die Regierungsparteien im Einklang mit der Regierung in dieser Frage mit Rücksicht auf die Reichsfinanzen gewähren zu können glaubten. Um eine Klärung der politischen Verhältnisse herbeizuführen und die Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses über die Frage der Ausgesteuerten ohne Gefährdung weiterführen zu können, hat der Ausschußvorsitzende, Abg. Esser, mit den sozialdemokratischen Ausschußvertretern Verhandlungen angeknüpft, die zu einer Einigung in der weiteren Behandlung der Frage der Krisenfürsorge geführt haben sollen.

Außerdem hat auch Reichskanzler Marx mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, dem Abg. Müller-Franken, Besprechungen gehabt, die ebenfalls einer Einigung der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten in der Krisenfürsorge dienten. In parlamentarischen Kreisen waren Gerüchte verbreitet, daß außerdem bei dieser Aussprache die Frage der Großen Koalition eine Rolle gespielt haben soll. Jedoch soll diese Annahme den Tatsachen vorauseilen. Bei den beteiligten Parteien soll vorläufig die Ansicht bestehen, daß im gegenwärtigen Augenblick die Bildung einer sogenannten „stillen" Koalition der Großen Koalition vorzuziehen sei, d. h. also, daß die Regierungsparteien sich von Fall zu Fall mit den Sozialdemokraten in Verbindung setzen, um ein gefährdetes Gesetz durchzubringen.

Die Einwirkungsversuche der Mittelparteien auf die Sozialdemokraten sollen sich auch darauf erstrecken, daß versucht wird, das geplante Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister Dr. Geßler wegen der Enthüllung über die schwarze Reichswehr und die Feme zu verhindern. Die Stellungnahme der Sozialdemokraten zu dieser Frage ist noch nicht geklärt.

Frithjof Nansen,

der greise Polarforscher, der zurzeit in Berlin weilt, wo er den Vorsitz der dort stattfindenden Polarforschertagung



übernommen hat. Nansen ist in Deutschland kein Unbekannter mehr und wird in allen Kreisen besonders auch wegen seiner objektiven Stellungnahme hoch geschätzt.

Urteil im Landsberger Fememordprozeß.

Schulz und Hayn freigesprochen.

Das Gericht fällte im Landsberger Fememordprozeß folgendes Urteil: Erich Klapproth wird wegen Körperverletzung mit lebensgefährlicher Behandlung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, die Angeklagten Schulz und Hayn werden freigesprochen.

Der Oberstaatsanwalt hatte im Anschluß an das Plädoyer gegen Klapproth wegen versuchten Mordes fünf Jahre Zuchthaus, gegen Hayn wegen Beihilfe 1½ Jahr Zuchthaus und gegen Schulz wegen Anstiftung sieben Jahre Zuchthaus beantragt. Aus den letzten Verhandlungen ist ferner noch folgendes zu berichten: Der Oberstaatsanwalt beantragte, da das Gericht noch nicht volle Gewißheit von der Schuld des Schulz habe, folgende Zeugen zu laden: Oberleutnant v. Grollmann, Boldt Gutknecht, Voß, Feldwebel Stein und Aschenkamp, zurzeit im Untersuchungshaft, ferner Rechtsanwalt Teßmann in Liegnitz, falls er von seiner Schweigepflicht entbunden wird.

Rechtsanwalt Dr. Hahn, der Verteidiger des Angeklagten Klapproth, wies auf die finstere damalige Zeit hin und bemerkte, daß die ganze Fememordprozeßsache sich auf die Munitionsschiebung stelle; man müsse vor allen Dingen, wenn man die Tat des Klapproth beurteilen wolle, an die Vorgänge denken, die sich damals abgespielt hätten.

Die Franzosen, das stehe fest, hätten damals die Kommunisten auf jede Weise unterstützt.

So wären damals die Verhältnisse gewesen, als sich die Ereignisse in Küstrin abgespielt hätten. Ein Oberleutnant, ein Feldwebel und ein Oberfeuerwerker hätten Munitionsschiebungen verübt. Als Haupttäter wäre Gädicke in Frage gekommen, der sich mit dem Kommunisten John die Nacht herumgedrückt habe, der zur Roten Fahne mitgefahren sei und Handlungen begangen habe, die jedem anständig denkenden Soldaten ein Schlag ins Gesicht gewesen sein müsse. Alles, was Klapproth gesagt habe, sei erwiesen, nicht eine Unwahrheit habe er gesagt. Ein Totschläger sei nicht benutzt worden. Die übertrieben geschilderten Verletzungen, betonte der Verteidiger, wären überhaupt nicht vorhanden gewesen. Gädicke leide an Neurasthenie. Tatsächlich habe nur ein Feldwebel einen anderen geschlagen, der eine gemeine Handlung begangen habe. Der Rechtsanwalt beantragte hierauf die Freisprechung des Angeklagten Klapproth.

Justizrat Mamroth, Vertreter des Angeklagten Hayn, bemerkte, er wolle in sein Plädoyer nicht die Zusammenhänge zwischen A.-K. oder Reichswehr und auch nicht die Einrichtung des Arbeitskommandos hineinziehen. Er bat, die Beweisaufnahme des Oberstaatsanwalts abzulehnen und seinen Klienten freizusprechen. Sollte das Gericht zu einer anderen Ansicht kommen, möge der Fall Hayn von der Verhandlung abgetrennt und für sich behandelt werden.

Lokales und Provinzielles.

** **Halver,** 12. Nov. Der Evangelische Kirchenchor in Halver veranstaltet, wie unsere Anzeige bereits bekanntgegeben hat, am Buß- und Bettag ein Kirchenkonzert. Unter der Ueberschrift „Alte Meister" wird eine dem Charakter des Tages entsprechende Auswahl aus 200 Jahren evangelischer Kirchenmusik geboten werden. Dabei wirken Orchester und Sologesang mit. Die Programme enthalten eine genaue Inhaltsübersicht. Sie werden schon jetzt in der Gemeinde durch Mitglieder des Chores und Kinder des kirchlichen Unterrichts verbreitet. Um tunlichst allen den Besuch zu ermöglichen, ist der Preis des einzelnen Programmes für Erwerbslose und für die passiven Mitglieder, sowie für Konfirmanden, Katechumenen auf 50 Pfg. Für die übrigen Gemeindeglieder auf 80 Pfg. festgesetzt worden. Das Konzert beginnt um 4,20 Uhr. Programme sind auch noch an den um ½4 Uhr geöffneten Kirchentüren zu haben. Kinder, die noch nicht den kirchlichen Unterricht besuchen, werden nicht zugelassen werden können. Es ist die erste Darbietung dieser Art, mit der unser Kirchenchor auftritt. Er wird dabei auf weitgehendste Anteilnahme unserer ganzen Gemeinde rechnen können.

* **Halver,** 12. Nov. Lichtspiele Carlshöhe. Der Spielplan, der am kommenden Sonnabend u. Sonntag pünktlich um 8 Uhr beginnt, ist wieder so reichhaltig u. interessant zusammengestellt, daß derselbe hinter einem Großstadtprogramm nicht zurückzustehen braucht. Die beste Gewähr hierfür bieten die zur Aufführung kommenden 2 Großfilme mit einem bei jeder Vorstellung wechselnden reichhaltigen Beiprogramm. Es läuft über die Leinwand: „Aus der Jugendzeit klingt ein Lied" . . . 6 Akte von Liebe und Leid zweier Jugendgespielen. Ferner „Zigano" ein Harry Piel-Film. Diese 8 interessante Akte handeln von dem Leben und Gefahren der Goldgräber aus den Minengegenden Amerikas. Das Beiprogramm zeigt am Sonnabend eine farbige Sache in 2 Abschnitten betitelt „Jimmy wird schwarz und weiß". Am Sonntag enthält das Beiprogramm: „Mensch kauf dir ein Auto", ein Lustspiel, daß jeder sehen muß.

* **Brügge,** 11. Nov. Der Evgl. Verein hat in seiner letzten Monatsversammlung beschlossen, einen von der Jugendabteilung in Aussicht genommenen Familienabend auf den 9. Januar, nachmittags 4 Uhr im Saale von Niggeloh zu verlegen. Bei dieser Gelegenheit wird auch Herr Pastor Werbeck aus Elberfeld, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der evgl. Arbeitervereine, einen Vortrag halten über das Thema „Bilder aus der Arbeit der evgl. Arbeitervereine". Der Jugendverein bereitet für diesen Familienabend zugleich auch eine oder mehrere Aufführungen vor. Die nächste Monatsversammlung findet am Sonntag, den 5. Dezember statt.

—k **Kierspe,** 12. Nov. Wie bereits an dieser Stelle mitgeteilt, wird der Schriftsteller Herr Michael Wiedemann im Saale des Herrn Kuhbier (Berliner Hof) Kierspe am Sonntag, den 14. d. M. abends 7½ Uhr einen Lichtbildervortrag über Deutsch-Südtirol halten. Der Vortrag dürfte überaus interessant sein, zumal weil es sich um die Ausrottung eines deutschen Stammes handelt. Lichtbilder aus der märchenschönen Bergwelt werden den Besuchern vor Augen geführt. Die Vorträge wurden überall mit echter Begeisterung aufgenommen.

Meinerzhagen, 11. Nov. Besitzwechsel. Die landwirtschaftliche Besitzung des Landwirts Fritz Stahlschmidt in Genkel ist durch Kauf in den Besitz des Landwirts Karl Koch in Willertshagen übergegangen. Der Kaufpreis betrug 27000 Reichsmark. Die Besitzung des Land- und Gastwirts August Schröder in Wiebelsaat ist bei der heutigen Zwangsversteigerung für 13000 Reichsmark von dem Kolonialwarenhändler Albert Panne in Kierspe erworben worden.

Duisburg, 12. Nov. Massenverhaftungen von Kohlenschiebern. Die Kriminalpolizei ist einer großen Schieberaktion auf die Spur gekommen die mit Ausfuhrbewilligungen des Reichskohlenkommissars betrieben worden ist. Eine große Anzahl solcher Bewilligungen wurde beim Kohlensyndikat in Essen gestohlen und an Duisburger und auswärtige Firmen verkauft. Daraufhin fanden dann zahlreiche Kohlenverschiffungen nach dem Auslande statt. Es wurden von der Polizei mehr als 50 Personen, Firmeninhaber und Angestellte ermittelt und zum Teil festgenommen, nach ihrer Vernehmung aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Auch Angestellte von Firmen, die dem Kohlensyndikat angehören, sind in diese Angelegenheit, die täglich weitere Kreise zieht, verwickelt. Eine große Anzahl beladener Kohlenkähne wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Sitzung der Gemeindevertretung Halver.

& **Halver,** 12. November 1926.

Auf gestern nachmittag war eine Sitzung der Gemeindevertretung anberaumt, zu der 14 Vertreter erschienen waren. Gegen 3,15 Uhr eröffnete Gemeindevorsteher Fernholz die Sitzung. Derselbe teilte zunächst mit, daß Amtmann Thomas am 1. Oktober d. J. eine 25jährige Dienstzeit hierselbst beendet habe. Er habe ihm im Namen der Gemeindevertretung hierzu die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen. Die Vertretung erteilte hierzu die nachträgliche Genehmigung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde über einen Antrag über die Wohnungsangelegenheit einer Familie sowie über ein beantragtes Darlehen beraten. Alsdann schritt man zur Erledigung der Tagesordnung.

1. **Wiedereröffnung der Schule Bommert.** Die Bewohner des früheren Schulbezirkes Bommert haben die Wiedereröffnung der Schule in Bommert beantragt. Die Schuldeputation hält die Errichtung einer neuen Schule in Anschlag für angebracht. Aus diesem Anlaß hatten sich eine Anzahl Besucher aus dem Bommerter Bezirk eingefunden. Die Schule in Bommert ist im Jahre 1917 beim Eintritt des Lehrers Vormann in den Ruhestand wegen der geringen Schülerzahl, veranlaßt durch den Bau der Kerspetalsperre, wodurch die Ortschaft Hersbach verschwunden ist, einstweilig geschlossen worden. Der Antrag, die Schule in Bommert wieder zu eröffnen, wurde vom Vertreter des Bezirks warm befürwortet. Die Schuldeputation hat dahin Stellung genommen, etwas östlich von der Ortschaft Anschlag ein Gebäude für eine spätere evtl. zwei-, wenn auch einstweilen einklassige Schule zu errichten. Der Vorsitzende gab alsdann eine Aufstellung der Entfernung der einzelnen Gehöfte von der jetzigen Schule und projektierten neuen Schule. Nach längerer Besprechung wurde dem Beschluß der Schuldeputation zugestimmt. Die Vorarbeiten sollen so gefördert werden, daß in der nächsten Sitzung ein Plan für die neue Schule Anschlag vorgelegt werden kann.

2. **Erhöhung der Volksschullasten.** Durch die Erhöhung der Schulstellenbeiträge zu der Landesschulkasse von 286 auf 310 M. pro Stelle und Monat und die Ermäßigung des Beschulungsgeldes von monatlich 3 M auf 2,80 M pro Kind erwachsen der Gemeinde etwa 4100 M Mehrausgaben jährlich. Von der Angelegenheit nahm die Versammlung Kenntnis.

3. **Beschaffung von Reichsflaggen für die Schulen.** Die Aufsichtsbehörde fordert energisch die Beschaffung von Reichsflaggen für die Schulen. Die Kosten betragen insgesamt 200—300 RM. Die Schuldeputation, wie auch das Kuratorium der Rektoratschule schlagen vor, in Rücksicht auf die schwebende Flaggenfrage — Einheitsflagge — bei der Aufsichtsbehörde weiteren Ausstand nachzusuchen. Der Punkt entfesselte eine ziemlich temperamentvolle Aussprache, wobei auch der Kostenpunkt betont wurde. Schließlich trat das Kollegium dem Beschluß der Schuldeputation und Kuratoriums bei. Die Beschlußfassung wurde deshalb bis zur Beratung des nächstjährigen Haushaltsplanes zurückgestellt.

4. **Erhöhung der Vergütung für die Benutzung der Turnhalle durch die Schulen.** Auf einen entsprechenden Antrag des Turnvereins Halver schlägt die Schuldeputation die Erhöhung von 50 auf 100 Mk. pro Turnklasse und Jahr vor. Auch über diesen Punkt war die Besprechung recht lebhaft. Es wurde das Verlangen ausgesprochen, daß der Turnverein alsdann auch seinen Verpflichtungen strickte nachkomme, nach welcher Richtung man das unbedingte Vertrauen zu demselben habe. Einen breiten Raum nahm auch die Besprechung über die Beschädigung der Turnhalle und Geräte ein. Von anderer Seite, die für die Bewilligung war, wurde darauf hingewiesen, daß aber eine etwaige weitere Erhöhung nicht angängig sei. Andere Schulen möchten sonst auch mit entsprechenden Forderungen an die Gemeinde herantreten. Schließlich wurde dem Beschluß der Schuldeputation, 100 Mk. pro Schulklasse und Jahr vom 1. Oktober ds. Jrs. ab zu bewilligen, zugestimmt.

5. **Erneuerung des Fußbodens in der Schule Ehringhausen.** Die Erneuerung ist nach Angabe des Amtsbauamts unerläßlich. Die Schuldeputation stimmt der Erneuerung zu. Diesem Beschluß schloß sich auch die Gemeindevertretung an. Sie wählte zur Bedielung Pitschpine und bewilligte hierfür 1000 Mk.

6. **Instandsetzung des Stallgebäudes in der Ehringhauser Schulwohnung.** Mit der Instandsetzung hat der Maurer Daum gleichzeitig eine Verlängerung des Stalles ohne Auftrag ausgeführt. Er bittet jetzt um Zahlung von 122,68 Mk. Die Schuldeputation schlägt vor, 100 Mk. zu zahlen. Von unterrichteter Seite wurde darauf hingewiesen, daß das Stallgebäude sehr baufällig gewesen sei, weshalb bei der Inangriffnahme die Verlängerung sehr nahe gelegen habe. Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein rechtlicher Anspruch nicht begründet werden könne, daß aber Billigkeitsrücksichten, wenn auch nicht für Bewilligung der ganzen Summe, so doch eines erheblichen Teiles derselben sprächen. Kollegium bewilligte deshalb die von der Schuldeputation vorgeschlagenen 100 Mk.

7. **Beschaffung eines Waschofens und Abflußbeckens für die Hauptlehrerwohnung in Heesfeld.** Die Schuldeputation bewilligt einen diesbezüglichen Antrag des Hauptlehrers Liesen zu Heesfeld. Der Kostenaufwand wird vom Amtsbauamt auf 142 oder 162 Mk. ermittelt. Die Gemeindevertretung anerkennt die Notwendigkeit der Anlage, weshalb auch die benötigten Mittel bewilligt werden.

8. **Gemeindesteuerhypotheken.** Die Amtssparkasse Halver wünscht die selbstschuldnerische Bürgschaftsübernahme für die aus Sparkassenmitteln gegebenen Hypotheken zu Neubauten aus der Hauszinssteuer. Gemeindevorsteher Fernholz legt die bezüglichen Verhältnisse klar und macht die in Frage kommenden Hypothekenempfänger und die durch die Bürgschaftsübernahme zu sichernden Summe bekannt. Das Kollegium beschließt die beantragte Bürgschaftsübernahme.

9. **Benutzung von Gemeindewegen durch die Kraftfahrlinie Lüdenscheid—Halver—Kreisgrenze.** Die Verwaltung hatte seinerzeit Einspruch gegen die Benutzung der Gemeindewege durch die genannte Kraftfahrlinie er-

hoben. Der Regierungspräsident hat diesen Einspruch abgewiesen. Der Vorsitzende bringt das bezügl. Schreiben zur Kenntnis der Versammlung.

10. **Wegebau Grünenbaum—R.-Bahlefeld.** Die Erwirkung von Beihilfen für diesen Weg macht eine neue Beschlußfassung erforderlich. Die Gemeindevertretung hatte in letzter Sitzung diesen Bau beschlossen. Zur Entlastung der Gemeinde waren Beihilfen beantragt. Als erforderlich ist eine neue Beschlußfassung verlangt worden, die die unbedingte Notwendigkeit der Erbauung des Weges dartut und die Freiwilligkeit etwaiger Beihilfen anerkennt. In der Besprechung wurden noch verschiedene Wegeverhältnisse erörtert. Hierauf tätigte die Versammlung den Beschluß nach den geforderten Bedingungen.

11. **Benutzung des Sportplatzes durch den Reiterverein.** Die in der letzten Sitzung geforderte Ortsbesichtigung ist erfolgt und hat ergeben, daß der Platz für den Reiterverein keinen Raum übrig hat. Der vor kurzem gegründete Reiterverein hatte bereits in der letzten Sitzung einen Antrag auf Mitbenutzung eines Teiles des Sportplatzes gestellt, worauf laut Beschluß die erwähnte Ortsbesichtigung erfolgte. Nach dem Ergebnis derselben mußte der Antrag des Reitervereins abgelehnt werden.

12. **Erweiterung des Fürsorgebeirats.** Das Kreiswohlfahrtsamt Altena schlägt vor, einen Vertreter der Krankenkasse in den Fürsorgebeirat aufzunehmen. Die hiesige Allg. Ortskrankenkasse hat einen entsprechenden Antrag gestellt und schlägt zu diesem Zwecke ihren Geschäftsführer Walter Lemmer vor. Nach kurzer Besprechung stimmt Gemeindevertretung dem Antrage zu und nimmt den Vorgeschlagenen in den Fürsorgebeirat auf.

13. **Uebernahme der Kosten des Maul- und Klauenseuchenserums für zurückliegende Zeit.** Gem.-Vorst. Fernholz teilt die vom Landrat gegebene Anregung mit und macht die in Frage kommenden Summen bekannt. Nach kurzer Besprechung beschließt das Kollegium die Uebernahme der in Frage kommenden Kosten.

Nachdem noch einige Gegenstände von weniger allgemeiner Bedeutung besprochen waren, war die Tagesordnung der allgemeinen Sitzung erschöpft, und letztere nach 5 Uhr geschlossen wurde. Hieran schloß sich eine vertrauliche Sitzung an.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 11. November.

Der Saatenstand in Preußen.

Berlin. Nach der Statistischen Korrespondenz wird der Saatenstand in Preußen Anfang November, wenn zwei gut und drei mittel bedeutet, wie folgt begutachtet: Weizen 2,9 gegen 2,7 Anfang November 1925; Roggen 2,9 gegen 2,7; Gerste 2,6 gegen 2,5; Raps und Rübsen 2,7 gegen 2,7; junger Klee 2,4 gegen 3,1; Spelz 3,3 gegen 2,9 und Gemenge 2,9 gegen 2,9

Schwere Explosion in Pirna.

Pirna. In dem Neubau des Kocherhauses der Firma Hoesch u. Co., in dem sich Anfang April d. Js. eine folgenschwere Explosion ereignete, kam es wiederum zu einem bedauerlichen Unglücksfall. Beim Montieren einer Transmissionsanlage stürzte eine Azetylenflasche ab, die sich entzündete und dadurch explodierte. Durch den Luftdruck erlitten zwölf Personen Verletzungen, von denen acht in ein Krankenhaus gebracht werden mußten.

Schlägerei in Kreuzburg.

Breslau. Die Breslauer Neuesten Nachrichten melden aus Kreuzburg (Oberschles.): Bei einer nächtlichen Schlägerei trug eine größere Anzahl von Personen, zumeist Mitglieder des Aufsichtsrates des Wohnungsbauvereins, die aus einer Sitzung kamen und von mehreren Personen angegriffen wurden, Verletzungen davon. Der Polizeibeamte Maly erhielt einen Stich in Arm und Lunge. Als Haupttäter wurden ein Tischlermeister sowie sein Bruder, ein Schleifermeister aus Breslau, festgenommen.

Großfeuer in Bayern.

Freising. In dem Ökonomieanwesen des Gastwirts Braun in der Ortschaft Dürzeck, die an der Staatsstraße Freising—München liegt, brach durch Brandstiftung Großfeuer aus, dem die gesamte diesjährige Ernte des Besitzers und die landwirtschaftlichen Geräte im Werte von 50 000 Mark zum Opfer fielen. Der große Gebäudekomplex wurde bis auf die Grundmauern vernichtet. Der Brand wurde von vier Feuerwehren fünf Stunden lang bekämpft. Die Löscharbeiten waren durch die weite Entfernung des Brandherdes sehr erschwert.

Das italienische Vorgehen in Südtirol.

Innsbruck. Wie der „Innsbrucker Neuesten Zeitung" aus Bozen gemeldet wird, sind der Deutsche Verband, die Deutsche Volkspartei sowie die Sportvereinigung in Bozen als aufgelöst erklärt worden. Die italienische Staatspolizei besetzte die Kanzlei der Tiroler Volkspartei. Alle Anwesenden wurden einer Leibesvisitation unterzogen und mußten dann das Lokal verlassen. Zwei Frauen wurden zur Quästur gebracht und dort gleichfalls untersucht. Auch das Vereinshaus der Sportvereinigung in Bozen wurde durchsucht. In Brixen erklärten die Behörden, daß die dortige Druckerei Vogelweiler unter Aufsicht eines Offiziers gestellt sei. Die Faschisten setzten sich in der Druckerei fest.

General Pangalos geisteskrank?

Paris. Nach Meldungen aus Athen soll der auf Kreta in Haft gehaltene General Pangalos seit einiger Zeit Zeichen von Geistesstörung zeigen, die sich besonders in den letzten Tagen verstärkt hätten. General Pangalos glaube, daß er ein byzantinischer Kaiser sei, und fordere, daß man ihn sofort nach Konstantinopel überführe.

Friedensverhandlungen im englischen Bergarbeiterstreik.

London. Die Konferenz des Bergarbeiterverbandes beschloß einstimmig, dem Vollzugsausschuß unbeschränkte Vollmachten zu geben, die Verhandlungen mit der Regierung fortzusetzen.

Wambst—Lacquehay Sieger des 17. Berliner Sechstagerennens.

3715 Kilometer zurückgelegt.

Am letzten Tage befanden sich noch sieben Mannschaften — genau die Hälfte der gesamten Paare — im Rennen. Gottfried—Nebe büßten eine weitere Verlustrunde ein. Kurz darauf entfesselten Huschke—Tonani eine wilde Jagd, welche aber nicht zu einem Rundengewinn führte, da die Franzosen ihnen dicht auf den Fersen waren. Gottfried—Nebe verloren später zwei weitere Runden und wurden vor Beginn der letzten Stunde, die in ununterbrochener Reihenfolge Wertungen bringt, mit 13 Runden Rückstand aus dem Rennen genommen. Bei den Wertungskämpfen in der letzten Stunde zeigten die Franzosen, daß sie auch Sprinter sind. Zwei Versuche der Belgier Aerts—van Hevel, noch im letzten Augenblick eine Runde zu gewinnen, schlagen fehl. Koch—Tietz müssen dagegen noch eine Strafrunde hinnehmen, die ihnen wegen schlechter Ablösung zugedacht wurde, so daß sie nunmehr an das Ende des aus sechs Mannschaften noch bestehenden Feldes gelangten. Insgesamt wurden in den 145 Stunden 3715 Kilometer zurückgelegt.

Das Ergebnis war: 1. Wambst—Lacquehaye 327 Punkte. Eine Runde zurück: 2. Marcillac—Junge 258 Punkte. Drei Runden zurück: 3. Aerts—van Hevel 129 Punkte. Sechs Runden zurück: 4. Knappe—Rieger 479 Punkte. Sieben Runden zurück: 5. Huschke—Tonani 368 Punkte. 6. Koch—Tietz 357 Punkte. Die Sieger und mit ihnen auch die übrigen Mannschaften wurden auf ihrer Ehrenrunde vom Publikum lebhaft gefeiert.

Wir suchen eine

Kontoristin,

welche Kurzschrift und Maschinenschreiben beherrscht, möglichst auch einige Vorkenntnisse in fremden Sprachen besitzt und Erfahrung in der Buchführung hat.

Ausführliche Bewerbungen an die

Metallwarenfabrik Halver
P. W. Haurand,
Halver i. W.

Klein. Familienbesitz



Wohnhaus m. 10 Zimmern **und Scheune**

des verstorbenen Rudolf Fastenrath am **Kreuzweg bei Halver** in Größe von rund 14 000 qm preiswert **zu verkaufen.**

Angebote an

Frau Herm. Köster, Halver.

Hübsches Fräulein, 23 J. mit eig. Haus u. Einrichtg. wünscht, da Eltern gestorb., einzig. Kind u. nun allein, Herren zw. **Heirat** kennen zu lernen. Ang. u. 275 Exped. d. Ztg. Anon. zweckl.

Hustenmittel
aller Art
empfiehlt
Drogerie C. Bauckloh,
Kierspe-Bhf.

Erhalten in den nächsten Tagen noch eine Ladung

Runkeln

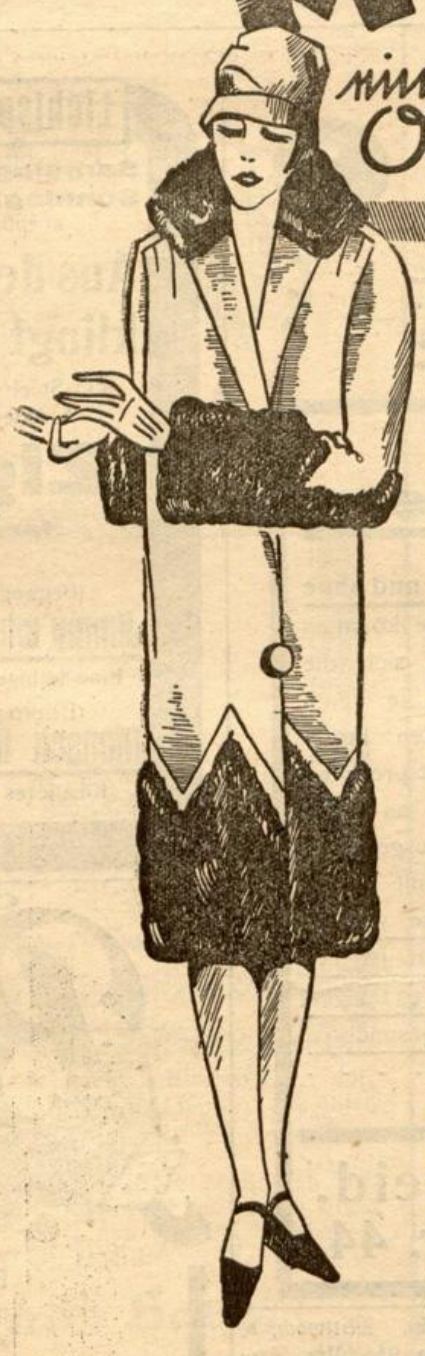
Bestellungen nehme noch entgegen

Bürger & Lausberg
Halver, Telefon 326.

Thomasmehl
Kali 42 %
Kali 21 %
Kainit 15 %
Knochenmehl
Amm.-Superphosphat 5×10
empfiehlt
Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl,
Tel. 28 Amt Rönsahl.

Bester Broterwerb
ist eine Strickmaschine. Kat. fr. P. Kirsch, Würzburg, Sanderring 6

Der pelzbesetzte Mantel
nur jährlich einmal Albsberg-Angebot



Fescher Mantel 17.50
aus gutem Velour de laine, mit Seal-Pelzbesatz am Kragen und Seitenteil.

Jugendlicher Mantel 28.75
reinwollener Velour de laine, hübsche Form, mit seitlicher Bluse, mit reichem Pelzbesatz am Kragen und Stulpen . .

Blusen-Mantel 36.50
Velour de laine, fesche Form, mit vollem Biberette- oder Sealpelz-Kragen und unten ringsherum, breiter Saumansatz.

Ottoman-Mantel 39.75
aparte Form, seitliche Bluse mit Falten, mit vollem Biberettekragen eingerollt und seitlicher Pelzgarnitur . . . . . .

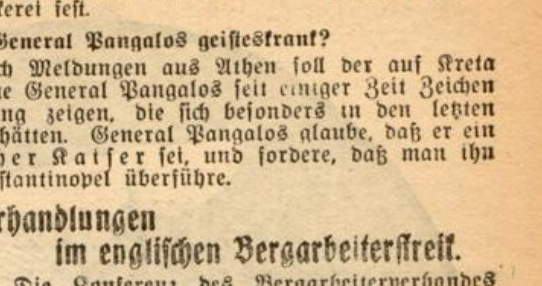
Blusen-Mantel 45.50
neueste Modeform — Velour de laine, mit breitem Biberette- oder Sealkragen, Aermel- und Saumbesatz ringsherum.

Eleganter Mantel 55.00
prima Velour de laine, mit voll. Biberettekragen, Stulpen und Vorderbahn, mit durchgehendem breiten Pelzbesatz . .

Frauen-Mantel 75.50
aus bestem Velour de laine, weitgeschn. moderne Form, mit breit. Biberettekragen, hoh. Seitenansatz, ¾ auf Damasséfutter

Vornehmer Mantel 89.50
aparte Modellform — mit breitem Pelzkragen u. hohem Pelzansatz, unten ringsherum ganz auf Futter, beste Verarbeit.

ALSBERG W.
Das Haus der Moden
Hagen i. W.



Persil
die richtige Menge!

1 Paket auf 2½–3 Eimer Wasser – so sagt die Vorschrift, und so ist es richtig! Nehmen Sie aber Persil allein, ohne jeden Zusatz!

Zum Einweichen ist Henko Bleich-Soda unübertroffen; Henko macht hartes Wasser weich.

Den Bewohnern von **Rönsahl** zur gefl. Kenntnis, daß wir im Hause des Herrn **Alb. Meyreiß, Rönsahl** eine

Schirmreparatur-Annahmestelle

eröffnet haben.

Ebenfalls sind

neue Schirme und Stöcke

zu billigsten Preisen in großer Auswahl dort vorrätig.

Schirme von 3,95 Mk. an.

Hochachtungsvoll

Geschw. Böhlefeld,
Wipperfürth.

Regenschirme

finden Sie in stets großer Auswahl bei

Oskar Becker,
Lüdenscheid.

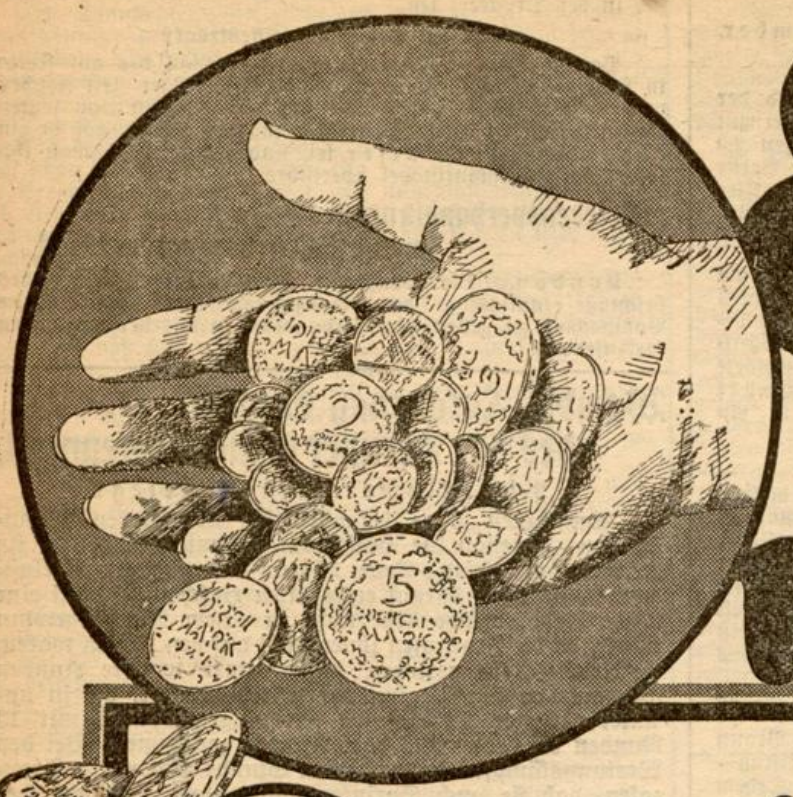


Flügel -- Pianos

der Hofpianofabriken
Ibach, Schiedmayer & S., Schwechten, Berdux, Mand, Irmler, Zeitter u. Winkelmann etc.

Fernrui 4165. Bequeme Zahlg. Freie Lieferg.

Dr. KOMP & MICHAEL, HAGEN i. W.
Weststraße 2, Ecke Karlstraße.
Das Haus der Marken-Klaviere.



Eine Hand voll Geld

sparen Sie, wenn Sie mit Ihren Einkäufen bis zur Eröffnung unseres neuen Hauses warten. Nur noch einige Tage Geduld, und Sie können im größten und modernsten Kaufhaus Lüdenscheids Ihre Einkäufe mit sichtbaren Vorteilen für Sie tätigen. Denn wir bringen, der heutigen Kaufkraft weitgehendst Rechnung tragend, unübertreffbare Leistungen in Qualität und Preis. Ihr Warten wird sich also reichlich lohnen.

LEONHARD TIETZ A.-G. LÜDENSCHEID

Zwei Wege

stehen Ihnen offen, wenn Sie für sich oder Ihre Familie Herbst- u. Winterkleidung einkaufen wollen.

Der eine -

mühsam u. zeitraubend - bedeutet von Ihrem Verdienst die Pfennige solange zu sparen, bis sie in der Lage sind, sich die nötigste Kleidung für den rauhen Winter anzuschaffen. Bei dem heutigen geringen Einkommen kann es eventuell Monate dauern, bis das Geld zusammen gespart ist.

Herren-Anzüge
73.— 58.— 42.— 23.—

Herren-Paletots
mit Samtkragen, 1- und 2-reihig, auf Satinella
75.— 62.— 45.—

Herren-Gummi-Mäntel, Loden-Mäntel, Loden-Anzüge u.-Joppen, Hosen

Damen-Mäntel
bis zu den eleg. Ausführg. zum Teil mit Pelzbes. 65.— 48.— 36.—18.—

Damen-Jacken-Kleider
teils auf Seide, streng moderne Formen
59.— 45.— 27.—

Kleider, Blusen, Röcke, Kinderkleidung.

Burschen-, Knaben-, Kinderanzüge, Arbeitergarderobe, -Wäsche, Manufakturwaren
in großer Auswahl.

Mitglied des Reichsverbands des kreditgebenden Einzelhandels e. V.

Der andere-

leicht, bequem und ohne Umstände - Sie kommen zu mir, suchen sich die Kleidung, die Sie benötigen, aus, zahlen Ihrem Einkommen entsprechend einen Betrag an und nehmen die ausgesuchte Ware sofort mit Den Rest zahlen Sie wie es Ihnen angenehm ist, in 8, 10, 14 oder 30 tägigen Raten ohne besonderen Aufschlag. - - - - -

Volksbekleidung
Inh.: Bernh. Rosenblum.

Lüdenscheid, Knapperstr. 44.

Lichtspiele Carlshöhe

Samstag, d. 13. Nov. 1926,
Sonntag, d. 14. Nov. 1926,
abends pünktlich 8 Uhr,

Aus der Jugendzeit klingt ein Lied . . .

Ein Spiel von Liebe und Leid in 6 Akten von Max Ferner.

‚Zigana'
Harry Piel Film
in 8 Akten.

(Beiprogramm für Samstag)
Jimmy wird schwarz u. weiß
Eine farbige Sache in zwei Akten.

(Beiprogramm für Sonntag)
Mensch kauf' dir ein Auto
Köstliches Lustspiel in 2 Akten.



Betten Bettfedern Bettwaren

Bevor Sie diese kaufen, prüfen Sie bitte meine altbewährten Qualitäten und die Preiswürdigkeit im besonderen

F. W. Maas
Lüdenscheid. Fernruf 585.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, 14. Nov. 9 Uhr Abendmahl Pfr. Dr. Große-Dresselhaus 10 Uhr Gottesdienst Pfr. Dr. Große-Dresselhaus 11 Uhr Taufen und Kindergottesdienst, 11 Uhr Bücherausgabe der kirchl Volksbücherei. Dienstag 8 Uhr Kirchenchor. Mittwoch **Buß- und Bettag** 10 Uhr Gottesdienst Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus. Nachm 4.20 Uhr Kirchenkonzert. Donnerstag 8 Uhr Vorbereitung zum Kindergottesdienst. Freitag 8 Uhr Kirchl Posaunenchor

Evangelisches Vereinshaus Halver. Samstag abend 8.30 Uhr Gemeinsame Gebetstunde. Sonntag nachm 1.30 Uhr Sonntagsschule 4 Uhr Bibelstunde. 5 Uhr Frauen- und Jungfrauenverein Bibelstunde, Pastor Lindemann. Mittwoch 4 Uhr Bibelstunde. Außerdem Sonntag, Djenstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag abds. 8.30 Uhr Gebetstunden des Jünglingsvereins. Montag u. Mittwoch abd. 8.30 Uhr Jungfrauenverein.

Freie evangel. Gemeinde Halver, Berlinerstraße 27a. Sonntag 14. Nov. morgens 9,30 Uhr Erbauungsstunde, 11 Uhr Sonntagsschule. Nachm 5 Uhr Bibl Vortrag, Redner A. Fröhlich, Dahlerau. Montag abend 8,30 Uhr Gebetstunde. Donnerstag abend 8,30 Uhr Bibelbesprechstunde

Kath. Gemeinde Halver. Sonntag, den 14. Nov. 8 Uhr Frühmesse; 10¼ Uhr Hochamt mit Predigt; 2½ Uhr Andacht. Mittwoch, d. 17 Nov. **Buß- und Bettag** 9½ Uhr Seelenamt für die im Kriege Gefallenen.

Evangel. Kirchengemeinde Schalksmühle. Sonntag 10 Uhr Gottesdienst. 11,15 Uhr Kindergottesdienst 8 Uhr Gemeinschaftsstunde. Montag 8 Uhr Männerchor. Dienstag 8,30 Uhr Jungmädchenverein.

Buß- u. Bettag. 10 Uhr Gottesdienst, Beichte u. hl. Abendmahl. Donnerstag 8 Uhr Bibelbesprechung für Männer und Jünglinge. Donnerstag 9 Uhr Posaunenchor. Samstag 8,30 Uhr Gemischter Chor

Evangel. Kirchengemeinde Brügge. Sonntag 10 Uhr Gottesdienst 11,15 Uhr Kindergottesdienst Montag 8,30 Uhr Mädchenbibelkreis. Dienstag 8,30 Uhr Jugendverein. **Buß- u. Bettag.** 10 Uhr Gottesdienst mit Feier des hl. Abendmahls. Vorbereitung ½ Stunde vor Beginn. 4,30 Uhr Liturg. Missionsfeier. Donnerstag 4 Uhr Frauenhülfe Othlinghausen, 8 Uhr Bibelstunde im Konfirmandensaal.